



# „Eine Lüge ist bereits dreimal um die Erde gelaufen, ehe sich die Wahrheit die Schuhe anzieht.“

(Mark Twain, US-amerikanischer Erzähler und Satiriker, 1835–1910)

## Herausgeber



Jugendstiftung  
Baden-Württemberg  
Schlossstr. 23  
74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42 / 83 17-0  
Fax: 0 70 42 / 83 17-40  
E-Mail: [info@jugendstiftung.de](mailto:info@jugendstiftung.de)  
[www.jugendstiftung.de](http://www.jugendstiftung.de)

Konzeption und Redaktion: Wolfgang Antes und Stephan Ruhmannseder

Lektorat: Marcus Fuchs

Grafik: Oliver Müller – Visuelle Kommunikation

Druck: Printmedien Karl-Heinz Sprenger, Vaihingen an der Enz

Fotos: S. 1: charles taylor/Thinkstock–iStock; S. 6, 10, 14, 18, 22 und 26: justinroque/Thinkstock–iStock (Piktogramm Person); S. 7: dragana991/Thinkstock–iStock (Foto), justinroque/Thinkstock–iStock (Piktogramme: Person, Bombe), Erhan Ergin/Fotolia.com (Piktogramme: Herz, Sprechblase), ydontu (Bearbeitung); S. 10: Barbara WirI (Autorenfoto); S. 11: Romanovskyy/Thinkstock–iStock (Foto), ydontu (Bearbeitung); S. 15: Slphotography/Thinkstock–iStock (Foto), ydontu (Bearbeitung); S. 19: samxmeg/iStock (Foto), Baks/Thinkstock–iStock (Riss), ydontu (Bearbeitung); S. 23: izusek/iStock; S. 24: StockRocket/Thinkstock–iStock (Foto), alengo/iStock (Smilies), ydontu (Bearbeitung).

.....

Landeskoordinierungsstelle

Gefördert durch

und

im Rahmen des Bundesprogramms

**DEMOKRATIEZENTRUM**  
BADEN-WÜRTTEMBERG



Demokratie **leben!**

# Inhaltsverzeichnis

Grußworte .....	4
Über den kommunikativen Notstand in den Sozialen Medien und den Einsatz für eine bessere Diskussionskultur <i>Hannes Ley</i> .....	6
Falschmeldungen, Fakes und Fake News: Übersicht zur Pluralität der (Des-)Informationsphänomene in Sozialen Netzwerken <i>Andre Wolf</i> .....	10
„Das wird man wohl noch sagen dürfen“ vs. Grenzen der Meinungsfreiheit <i>Sina Laubenstein</i> .....	14
Disruption der Demokratie? Wie Fake News und Hetze im Netz den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen <i>Aytekin Celik</i> .....	18
Mit Recht und Verstand – Die Angebote des Demokratiezentrum Baden-Württemberg im Themenbereich Hate Speech und Fake News. <i>Stephan Ruhmannseder</i> .....	22
Hass und Verleumdung sind keine Meinungen Interview mit dem Fachanwalt für IT-Recht Chan-jo Jun <i>Nathalie Schneider und Mareike Hauff</i> .....	26



## Liebe Leserinnen und Leser,

---

unsere Welt wird immer komplexer: die Globalisierung schreitet fort, gleichzeitig entwickeln sich die Kommunikationsmöglichkeiten rasch weiter. Zu dieser Welt gehört auch die Erkenntnis, dass es aufgrund der weltweiten Vernetzung oftmals keine einfachen Lösungen mehr für die vielen differenzierten Herausforderungen unserer Zeit gibt. Dennoch gibt es Populisten, die solche pauschalen Vereinfachungen nutzen, um scheinbar schnelle und einfache Lösungen aufzuzeigen. Diese Pauschalisierungen sind jedoch schädlich für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das gilt auch für wachsende Probleme durch gezielte Falschmeldungen. Zwar sind diese – von der klassischen Zeitungsentee bis hin zur gezielten Propaganda – schon immer Teil von Kommunikationsstrategien sowie der medialen Berichterstattung gewesen. Im digitalen Zeitalter ist es aber deutlich schwieriger, seriöse Nachrichten von gezielten „Fakes“ zu unterscheiden. Durch die technischen Möglichkeiten des Internets, und besonders der sozialen Netzwerke, hat das Phänomen der pauschalen Vereinfachungen und Falschmeldungen inzwischen völlig neue Dimensionen erreicht.

Reichweiten und Wirkungen von Falschmeldungen erzielen im digitalen Zeitalter eine ungeahnte Stärke und Wucht. So ist die Platzierung von „Fake News“ in den sozialen Netzwerken mit ganz einfachen Mitteln möglich – sie als solche zu erkennen ist für die Mehrzahl der Nutzerinnen und Nutzer jedoch ungleich schwieriger. Die Kommunikation im Internet will daher gelernt sein, um zwischen Falschmeldung und seriöser Quelle unterscheiden zu können.

Wir müssen Wege finden, uns und unsere Kinder immun gegenüber den Manipulatorinnen und Manipulatoren im Internet zu machen. Es geht um einen fairen Umgang miteinander auch im Netz. Dazu gehört auch, dass objektive, nachvollziehbare Fakten und Informationen aus vertrauenswürdigen Nachrichtenquellen die Diskussionen bestimmen.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt kann durch mehr Fairness im Netz nachhaltig gestärkt werden. Ich lade Sie dazu ein, dass wir auch online gemeinsam für ein Zusammenleben in Vielfalt, für mehr Integration und gegen Hass und Diskriminierung eintreten.

Allen Beteiligten, die zum Zustandekommen der vorliegenden Broschüre beigetragen haben, danke ich für ihr wertvolles Engagement. Die Beiträge auf den folgenden Seiten zeigen Mittel und Wege auf, um Hassbotschaften und Desinformation rechtzeitig zu enttarnen und wirksame Gegenmittel zu entwickeln. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine informative und hilfreiche Lektüre.

Herzlichst Ihr

*Manne Lucha, MdL*

*Minister für Soziales und Integration  
Baden-Württemberg*



## Smartphone in der Schultüte

---

Liebe Leserinnen und Leser,

ich erinnere mich noch gut daran, wie in der Öffentlichkeit zu Beginn der 90er Jahre das Thema Medien und Gewalt diskutiert wurde. Damals wurden Teilbereiche des Rundfunks kommerzialisiert und die öffentlich-rechtlichen Anstalten verloren ihre Monopolstellung. Aus heutiger Sicht wirkt diese Zeit nahezu idyllisch.

Die weltweite Vernetzung durch das Internet und die Technologie des Smartphones hat, wie Sie wissen, eine völlig neue Situation in sehr kurzer Zeit geschaffen. Bald werden alle Kinder, sobald

sie acht bis zehn Jahre alt sind, über diese Geräte verfügen oder sie sogar bereits in der Schultüte vorfinden. Die Rasanz dieser Entwicklung ist im Bereich der Medientechnik bisher beispiellos. Das spüren nicht nur Sie, das betrifft gleichermaßen Medienunternehmen, Wirtschaftsunternehmen, die Politik und natürlich den Bildungssektor. Mit anderen Worten: alle gesellschaftlichen Bereiche.

Es ist heute einfach, die Darstellung von Personen oder Ereignissen zu manipulieren, zu verfälschen und diese Darstellung rasend schnell zu verbreiten. Das ist die Kehrseite der Digitalisierung, die in vielen anderen Bereichen ein Segen ist. Mit anderen Worten: Die Ansprüche an die Pädagogik und an die Bildungsarbeit steigen. Und das wird so bleiben, da die Weiterentwicklung der Technologie weiter voranschreiten wird.

Es freut mich deshalb sehr, dass Sie sich dieser Herausforderung stellen und sich frühzeitig mit dieser Thematik auseinandersetzen.

Herzlichst Ihr

*Matthias Dargel*

*Pfarrer und Dipl. Ökonom*

*- Vorsitzender des Vorstandes und des Kuratoriums der Jugendstiftung Baden-Württemberg -*

# Über den kommunikativen Notstand in den Sozialen Medien und den Einsatz für eine bessere Diskussionskultur



von Hannes Ley, Gründer der Facebook-Initiative #ichbinhier



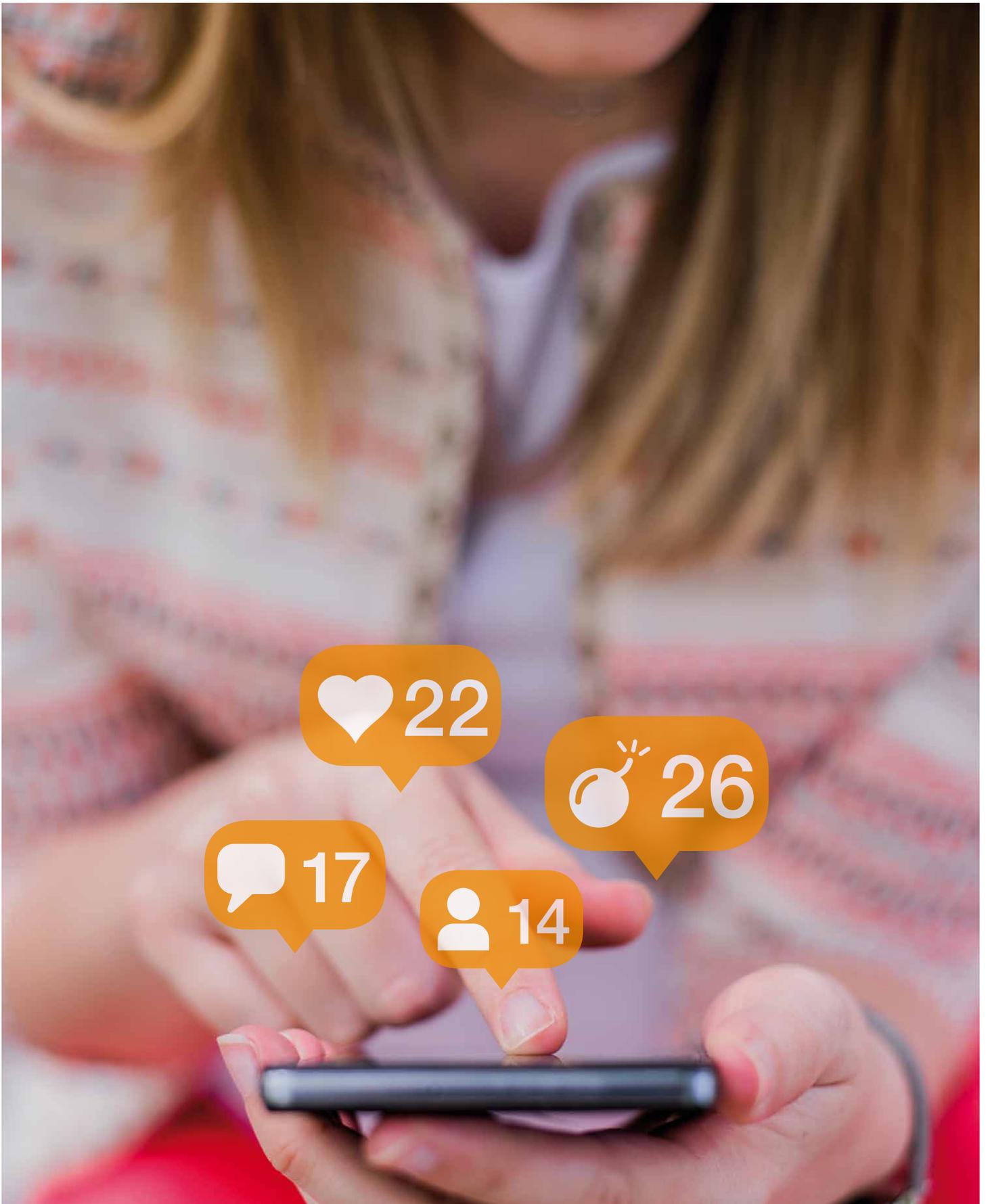
**Hannes Ley**, im beruflichen Leben Digital Marketing Consultant und Manager, wollte den alltäglichen Hass im Netz nicht mehr länger schweigend hinnehmen. Er nahm die Sache deshalb im Dezember 2016 selbst in die Hand und gründete die **Facebook Gruppe #ichbinhier**, die er seitdem ehrenamtlich betreut.

Unter dem Hashtag (#) finden sich Menschen zusammen, die gemeinsam mutig auf Hate Speech antworten. Die Gruppe hat mittlerweile über 35.000 Mitglieder, Tendenz steigend.

Was viele immer noch nicht wissen, ist, dass ein Großteil der Menschen ihre Nachrichten mittlerweile auch in den Sozialen Medien und nicht mehr nur im Fernsehen bzw. auf den Webseiten der Verlage konsumieren. Es ist z. B. sehr komfortabel, die Facebook-Seiten seiner favorisierten Nachrichtenkanäle mit „Gefällt mir“ zu kennzeichnen und im Anschluss die Veröffentlichungen dieser Nachrichtenkanäle gebündelt auf der eigenen Facebook-Seite präsentiert zu bekommen. Und da Facebook ein Dialogmedium ist, gibt es unter all diesen Posts offene Kommentarspalten, in denen jeder seine Kommentare zu diesen Veröffentlichungen posten kann. Man kennt das bereits seit Jahren von den Webseiten der Verlage, auf denen unter vielen Artikeln Kommentare veröffentlicht werden konnten. Nur dort sind mittlerweile viele dieser Kommentarbereiche deaktiviert, aus gutem Grund.

**In den letzten Jahren konnten wir mehr und mehr beobachten, wie der Ton in den Kommentarspalten rauer wurde.**

Wo ist das Problem? In den letzten Jahren konnten wir mehr und mehr beobachten, wie der Ton in den Kommentarspalten rauer wurde. Die Verfasser der Artikel oder andere Kommentatoren wurden immer öfter beschimpft und teilweise sogar bedroht. Außerdem wurden die Kommentarspalten gezielt dazu benutzt, Falschinformationen zu verbreiten und somit meinungsbildend auf die Leserschaft einzuwirken. Viele haben in diesem Kontext vielleicht schon über die sogenannten Putintrolle gelesen, die während der Ukraine-Krise versucht hatten, die Besetzung der Krim durch die Russen historisch zu rechtfertigen. Wären diese Kommentare vereinzelt aufgetreten, wäre man davon ausgegangen, dass es sich hier um natürliche Meinungsvielfalt handeln dürfte. Auffällig war jedoch, dass um die 50 Prozent der Kommentare prorussisch waren und diese Tatsache den Ergebnissen der Meinungsumfragen seriöser Institute diametral gegenüberstand. Wir konnten also davon ausgehen, dass nunmehr in digitalen Medien



auf Basis sozialer Technologien systematisch manipulativ eingegriffen wurde. Und das war nur der Anfang.

Nun muss man unterscheiden. Neben politisch motivierten und organisierten Kommentatoren gibt es im Netz natürlich auch noch die Provokateure mit Geltungsdrang, die Trolle. Es gibt die klassischen Aufwiegler, die gerne Öl ins Feuer gießen. Es gibt die Verschwörungstheoretiker, die krude Thesen unters Volk bringen wollen und es gibt diejenigen, die aus der eigenen Schwäche heraus Menschen diffamieren oder in einer Gruppe bloßstellen wollen, um sich auf- und den anderen abzuwerten. Fast jeder hat in diesem Kontext sicher schon mal den Begriff „Shitstorm“ gehört. Was alle diese Charaktere verbindet, ist, dass sie mindestens unmoralisch agieren, oft sogar Aussagen machen, die strafrechtlich relevant sind. Oft bündelt man diese Aussagen unter der Bezeichnung „Hassrede“ oder „Hate Speech“. Genauer differenziert geht es dabei um Lügen, Beleidigungen, Sexismus, Verletzungen der persönlichen Ehre, Aufrufe zur Gewalt, Volksverhetzung, Homophobie, Islamophobie, etc. Also alles, was nicht im Einklang mit unserem Grundgesetz, dem Strafgesetz oder unserer Vorstellung von einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist.

### ***Hassrede ist bereits jetzt ein Massendelikt.***

Ja, diese Aussagen hat es schon immer gegeben. Neu ist jedoch, dass sie durch die Sozialen Medien immer mehr in den digitalen „öffentlichen Raum“ gelangt sind und dass ihre Häufung zu einer Normalisierung dieser Tabu- und Gesetzesbrüche geführt hat. Hassrede ist bereits jetzt ein Massendelikt.

Jetzt kann man lange darüber diskutieren, wie es dazu kommen konnte, dass wir mit diesem Problem

in diesem Ausmaß konfrontiert sind. Hier gibt es viele Ursachen und erst in ihrem Zusammenspiel wird deutlich, dass wir es hier keineswegs mit einem kurzfristigen Phänomen, sondern eher mit einer gesamtgesellschaftlichen und facettenreichen Entwicklung zu tun haben. Es wäre zu kurz gesprungen, wenn man hier alles auf die intelligente und organisierte Nutzung der Medien durch Populisten zurückführen würde. Auch die regulatorischen Versäumnisse der Judikative und Exekutive im Angesicht global und auf eigenen Gemeinschaftsstandards agierender Unternehmen (Facebook, Twitter, YouTube, etc.) als einzige Ursache heranzuführen, wäre nicht ausreichend. Vielmehr glaube ich, dass wir unseren Blick auf ein größeres Thema lenken sollten: Auf den Werteverfall in unserer Gesellschaft und auf den fehlenden Diskurs über die Werte, die wir als Grundlage unserer Gemeinschaft teilen wollen. Jetzt kann man sagen, dass wir ja ein Grundgesetz, einen Rechtsstaat sowie eine kulturelle Identität haben, die uns den Rahmen für unser Zusammenleben vorgeben. Aber ich bin mir im Angesicht der Kommentarspalten nicht mehr so sicher, ob wir uns der Inhalte und Werte dieser Instanzen, auf die wir oder unsere Verfahren sich einmal geeinigt haben, noch bewusst sind. Vielmehr glaube ich, dass wir sie wiederbeleben müssen.

Im Dezember 2016 habe ich die Facebook-Gruppe #ichbinhier ins Leben gerufen. Das Ziel der Gruppe ist eine Verbesserung der Diskussionskultur in den Sozialen Medien. Der katastrophale Zustand der aktuellen Diskussionskultur oder die totale Abwesenheit einer Kommunikationskultur in den Dialogmedien hatte mich schon viele Jahre zuvor stark beunruhigt und die Idee einer teamorientierten Aktionsgruppe, die sachlich, empathisch und konstruktiv mit Hassrede im Netz umgeht, hat mich begeistert und zum Start dieser Gruppe veranlasst. Mit meiner Wahrnehmung der Situation stand ich wohl nicht allein da. Die Gruppe hat bereits 37.000

Mitglieder, welche die Gruppenziele und ihren Zweck unterstützen und die sich seit nunmehr 10 Monaten täglich jenseits ihrer eigenen Gesinnungsblasen für den Pluralismus und die freiheitliche demokratische Grundordnung einsetzen.

**Wir wollen erreichen, dass Menschen in den sozialen Medien besser vor anderen Menschen geschützt werden.**

#ichbinhier ist eine Wertegemeinschaft mit einer starken Vision. Wir wollen erreichen, dass Menschen in den sozialen Medien besser vor anderen Menschen geschützt werden. Wir wollen, dass wir im Rahmen von und unter Kenntnis der Meinungsfreiheit lernen, in Zukunft wieder konstruktiv und respektvoll miteinander zu streiten. Wir wollen eine friedliche Gesellschaft und die fängt unserer Meinung nach mit einer gewaltfreien Sprache auf individueller Ebene an.

# Falschmeldungen, Fakes und Fake News: Übersicht zur Pluralität der (Des-)Informationsphänomene in Sozialen Netzwerken



von Andre Wolf



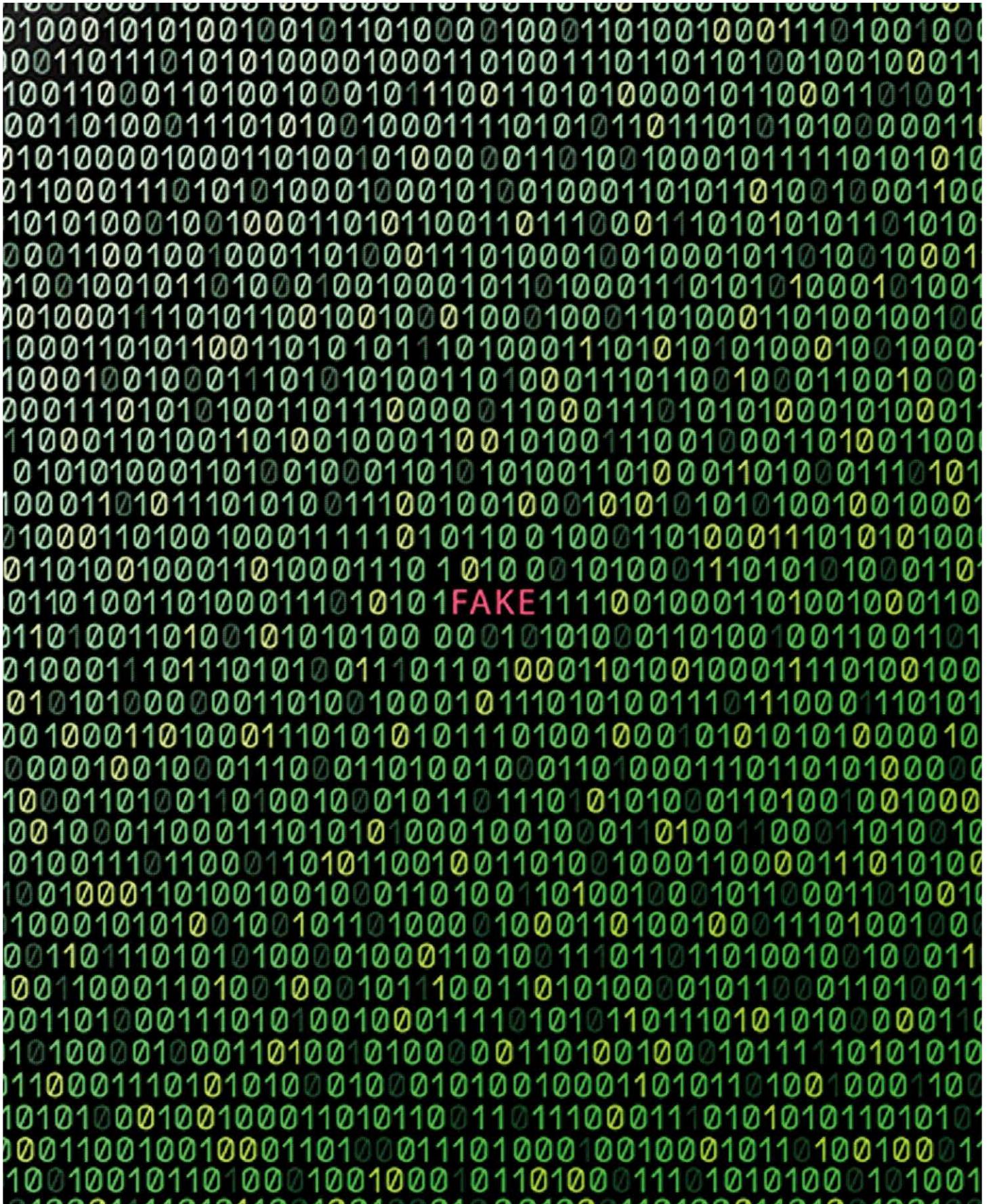
**Andre Wolf**, Mitarbeiter bei „Mimikama – Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch“. Nach mehreren Semestern Theologiestudium und einigen Jahren Berufserfahrung als Verantwortlicher für Medien und Kommunikation ist nun die Analyse von Internetinhalten, speziell der sozialen Medien, Wolfs Fachgebiet.

Falschmeldungen, Fakes und Fake News sind im Vorfeld der großen Wahlen 2017 in Deutschland und Österreich ein Kernthema gewesen.

Wie sehr können uns Falschmeldungen oder gar manipulativ wirkende Fake-Accounts oder Social Bots in unseren Meinungen, Verhaltensweisen oder politischen Entscheidungen beeinflussen? Die Angst vor den potenziellen manipulativen Fähigkeiten von Falschmeldungen war daher in den letzten Monaten recht groß, das Interesse an Prophylaxe dementsprechend hoch.

So auch das Interesse an der Arbeit des Vereins Mimikama mit Sitz in Wien. Der Verein wurde im Jahre 2011 gegründet. Das Ziel: Internetmissbrauch, Internetbetrug und Falschmeldungen bzw. Fakes entgegenzuwirken und bekämpfen. Der ursprüngliche Fokus war dabei auf Facebook und Statusmeldungen auf Facebook gerichtet und bestand vornehmlich aus der Aufklärung über Hoaxes und Fakes. Dieser Aufgabenrahmen wurde im Laufe der Jahre von allein gesprengt, sodass neben Facebook auch andere Soziale Medien wie Twitter oder WhatsApp Bestandteil der Arbeit des Vereins wurden. In diesem Umfeld beantwortet Mimikama Nutzeranfragen, ehrenamtliche Mitarbeiter gehen den Fragestellungen nach und antworten den Fragestellern direkt oder publizieren die Ergebnisse. Der Verein entstand also nicht als durchkonzipiertes Projekt, sondern aus den Bedürfnissen der Nutzer.

Blicken wir in die Anfangsjahre zurück, als es sich bei der Arbeit mit Fakes auf Facebook überwiegend um einfache Falschmeldungen handelte. Es waren harmlose „Hoaxe“ (Scherze) oder urbane Legenden. Es handelte sich oftmals um Geschichten, die von Nutzern unreflektiert, unkritisch und ungeprüft weitergegeben wurden. Als Basis für die Verbreitung urbaner Legenden dienten meist eine eigene Angst oder vorherrschende Befürchtungen aber auch die Absicht der Erzeugung von (meist negativen) Emotionen.



Die quantitative Verbreitung urbaner Legenden und Falschmeldungen geht zudem einher mit dem immer stärkeren Ausbau des flächendeckend verfügbaren Internets. Soziale Netzwerke sowie auch Messenger

**Leserinnen und Leser sollen eine Hilfestellung bekommen, die es ihnen ermöglicht, Falschmeldungen zu entlarven und verdrehte Inhalte zu erkennen.**

sind in den letzten Jahren immer häufiger genutzt worden und sind heute kaum mehr aus dem Alltag wegzudenken. Die permanente Verfügbarkeit als Empfänger für Inhalte hat zudem die Kommunikationsrate deutlich gesteigert. Noch nie zuvor konnten wir jederzeit und top-aktuell, aber auch mit geringen Kosten auf Informationen zugreifen. Auf der anderen Seite darf man jedoch nicht ausblenden, dass verschiedene Informationsgeber aus unlaute- ren Gründen das Netz nutzen, um bewusst falsche Inhalte zu streuen bzw. manipulativ einzuwirken.

Hier sehen wir bei Mimikama unseren Ansatzpunkt. Leserinnen und Leser sollen eine Hilfestellung bekommen, die es ihnen ermöglicht, Falschmeldungen zu entlarven und verdrehte Inhalte zu erkennen. Darüber hinaus ist das Ziel der Arbeit von Mimikama, Internetnutzern Instrumente an die Hand zu geben, mit denen sie sich souverän in den verschiedenen Facetten des Netzes bewegen können.

## Falschmeldungen im Wandel der Zeiten

Informationen waren seit jeher abhängig von dem Medium, über das sie übertragen wurden. Und eine Parallelerscheinung zu Informationen sind eben auch Falschmeldungen. In früheren Zeiten wurden Falschmeldungen eher durch Hörensagen weitergegeben, mündliche Tradierung lieferte immer schon

Geschichtsstoff. Danach verbreiteten sich Nachrichten in Schriftform bis hin zum Printbereich und der Printpresse. Falschmeldungen schlichen sich gerade im Printbereich dann als klassische „Enten“ in den Medien ein. Und vor Jahren schon hat die elektronische Kommunikation ihren Siegeszug angetreten, mit im Gepäck natürlich die alten urbanen Legenden, aber auch neue Falschmeldungen. Anfangs verbreiteten sich Informationen auf elektronischem Wege über Telefax und SMS, danach mithilfe von E-Mail und mittlerweile über Messenger und Soziale Netzwerke. Kommunikation, Information und Falschmeldung sind also nicht neu, lediglich ihr Trägermedium ist immer anders.

**Der Inhalt einer erfolgreichen Falschmeldung unterliegt dem Zeitgeist und den temporär vorherrschenden Ängsten und Befürchtungen.**

Aber nicht nur das Trägermedium ändert sich stetig, auch der Charakter von Fakes und Falschmeldungen unterliegt einer Evolution, da diese sich auch immer ihren äußeren Umständen anpassen. Der Inhalt einer erfolgreichen Falschmeldung unterliegt dem Zeitgeist und den temporär vorherrschenden Ängsten und Befürchtungen. Womit kann man Angst erzeugen? Womit kann man Emotionen entfachen? Hier liegt der inhaltliche Grundstein.

## Das veränderte Sender – Empfänger Verhältnis

Zudem haben Internet, Messenger und die Sozialen Netzwerke nicht nur bewirkt, dass Informationen jederzeit verfügbar sind, sondern dass auch jeder zum Sender werden kann und dass auch ein direktes Feedback auf Inhalte entsteht. Die Kommentarfunktion hat den klassischen Leserbrief weit in den Schatten gestellt und Webseiten aus dem Baukasten

sowie eigene Channels auf YouTube oder Seiten auf Facebook können aus uns allen jederzeit Sender machen.

**Jeder Teilnehmer ist Empfänger und Sender zugleich, die Prüfinstanz liegt letztendlich bei dem Empfänger, (...).**

Denn auch das ist ein Phänomen des Internets und der Sozialen Netzwerke und Messenger: die Filterfunktion, welche ursprünglich durch seriösen Journalismus ausgeübt wurde, entfällt hier. Jeder Teilnehmer ist Empfänger und Sender zugleich, die Prüfinstanz liegt letztendlich bei dem Empfänger, der somit in eine neue Position versetzt wurde. Man ist in die Situation gezwungen worden, selber Inhalte bewerten zu müssen.

In dieser Gesamtsituation finden sich nun Internetnutzer wieder, die auf jede Art von Inhalten stoßen und diese zumeist allein und in hoher Geschwindigkeit verarbeiten müssen. Das erfordert neue Arten der Kompetenz und auch die Kenntnis darüber, wie man Inhalte bewerten und verarbeiten kann.

Genau hier steht Mimikama, mit der Aufgabe, digitale Kompetenzen zu fördern und diese zu vermitteln.

# „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ vs. Grenzen der Meinungsfreiheit



von Sina Laubenstein



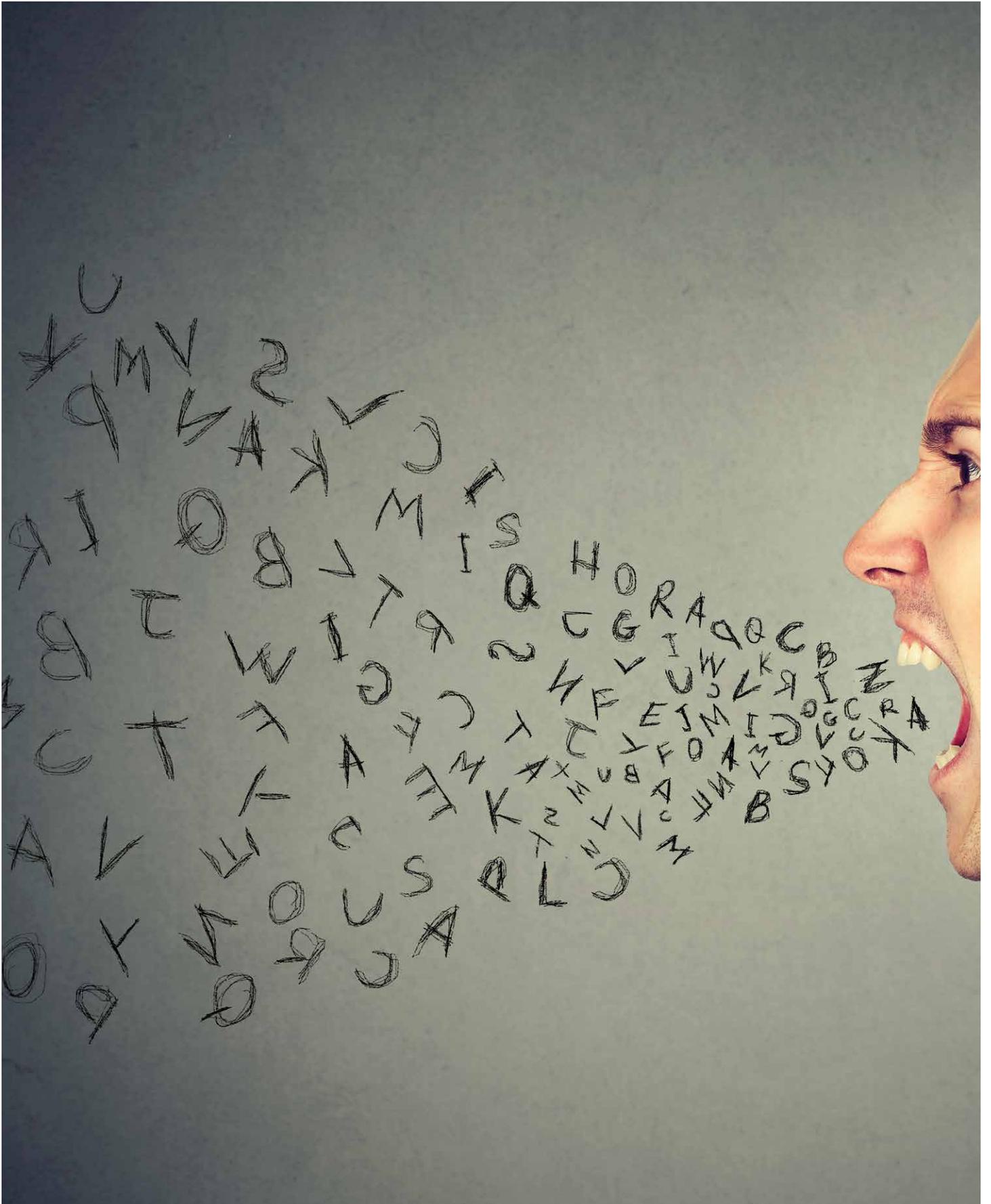
**Sina Laubenstein** ist bei den Neuen deutschen Medienmachern als Projektmanagerin zuständig für die No Hate Speech Kampagne. Zuvor hat sie an der Universität Malmö ihren Master of Arts im Fachbereich Politikwissenschaft: Global Politics and Societal Change absolviert. Sie hat außerdem für ein Auslandssemester an der Central European University in Budapest studiert. Neben ihrem Studium hat Frau Laubenstein verschiedene Praktika absolviert, darunter bei der Amadeu Antonio Stiftung, dem Goethe Zentrum in Brasília sowie dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti\*ze und Rom\*nja.“

Debatten um die Meinungsfreiheit sind aus politischen und medialen Diskursen nicht mehr wegzudenken und das nicht nur in Deutschland oder Europa: Auch auf globaler Ebene bietet das Recht auf freie Meinungsäußerung genügend Diskussionsstoff, um alljährlich in den Schlagzeilen zu landen und seitenweise Artikel zu füllen. Dabei könnte es ganz einfach sein, denn das Recht jedes Menschen auf freie Meinungsäußerung gilt nicht nur als Grundpfeiler, sondern auch als einer der wichtigsten Maßstäbe für den Zustand eines jeden demokratischen Staates. Dieses Recht ist nicht nur in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert, sondern auch in der Verfassung verschiedener Staaten explizit genannt. So gehört die Redefreiheit in den USA als 1. Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten zu den *Bill of Rights* in Deutschland widmet sich Artikel 5 des Grundgesetzes dem Recht auf freie Meinungsäußerung.

## **Wie viel Meinung muss eine demokratische und tolerante Gesellschaft akzeptieren und wo greifen Diskriminierungsschutz und das Recht auf Menschenwürde?**

Dennoch entflammen immer wieder hitzige Debatten um die Meinungsfreiheit oder vielmehr um ihre vermeintlichen Grenzen. Steht doch das Recht auf freie Meinungsäußerung in einem Spannungsverhältnis: Wie viel Meinung muss eine demokratische und tolerante Gesellschaft akzeptieren und wo greifen Diskriminierungsschutz und das Recht auf Menschenwürde? Der Grundgesetzartikel fördert dieses Paradox, benennt er doch im zweiten Absatz die verfassungsrechtlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Demnach findet das Recht auf freie Meinungsäußerung seine „Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“<sup>1</sup> Insbesondere die jüngsten

1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 5 Abs. 2.



Forderungen nach stärkerer Regulierung von Hassreden im Internet sowie die Verabschiedung Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) verlangen in Deutschland nach einer wiederholten Auseinandersetzung mit eben jenem Spannungsverhältnis, aber auch mit der Meinungsfreiheit insgesamt.

Das Bundesverfassungsgericht fasst den Begriff Meinung sehr weit und flexibel; demnach sind Meinungen Äußerungen, die „stets in den Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG [fallen], ohne dass es dabei darauf ankäme, ob sie sich als wahr oder unwahr erweisen, ob sie begründet oder grundlos, emotional oder rational sind, als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden.“<sup>2</sup> Entsprechend gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass Hass sehr wohl eine Meinung sein kann. Es steht aber nirgendwo geschrieben, dass wir hass erfüllte Meinungen akzeptieren, geschweige denn unkommentiert stehen lassen müssen. Darüber hinaus gibt es in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, Gesetze und Vorgaben, die die Meinungsfreiheit auf juristischer Ebene einschränken. Unter anderem sind Beleidigungen, Volksverhetzung, der öffentliche Aufruf zu Straftaten sowie die Verleugnung des Holocausts per Gesetz in Deutschland verboten. Interessant ist hier der Vergleich mit den USA: Dort ist die Verleugnung des Holocausts von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Die flexible Definition des Bundesverfassungsgerichts mag auch von der besonderen deutschen Geschichte geprägt sein: Die Meinungsfreiheit war zu Zeiten des Nationalsozialismus nicht existent, vielmehr wurden die Meinungen (und Menschen) verfolgt, die sich dem Regime widersetzten. Die Ende Februar 1933 erlassene „Reichstagsbrandverordnung“ setzte die elementarsten Grundrechte außer Kraft – so konnten die Presse- und

Meinungsfreiheit ohne nähere Begründung eingeschränkt werden. Doch nicht nur zu Zeiten des Nationalsozialismus war die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt: Zwar garantierte Artikel 27 der Verfassung der DDR allen Bürgerinnen und Bürgern auf dem Papier das Recht, ihre Meinung frei zu äußern. „Staatsfeindliche Hetze“ wurde aber, laut Strafgesetzbuch, verfolgt und unter Strafe gestellt, nicht zuletzt weil die Meinungsfreiheit für die SED ein Risiko darstellte. Ergo brachten sich viele Menschen mit ihrer frei geäußerten Meinung in Gefahr, hatte doch das Ministerium für Staatssicherheit, kurz Stasi, Augen und Ohren in allen Bereichen. Darüber hinaus unterlagen Kunst und Medien der staatlichen Führung und wurden entsprechend zensiert, um die Herrschaft der SED zu schützen.

### ***Vorwürfe in Richtung Wahrheitsministerium und Zensur stehen auf der Tagesordnung.***

Es ist daher nicht überraschend, dass das Verständnis von und das Verhältnis zur Meinungsfreiheit in Deutschland angespannt, wenn nicht kompliziert sind. Wenig überraschend ist auch, dass es regelmäßig zu hitzigen Diskussionen kommt, befasst man sich mit Diskriminierungsschutz und Hassreden im Netz. Vorwürfe in Richtung Wahrheitsministerium und Zensur stehen auf der Tagesordnung. Zuletzt hat die Verabschiedung des NetzDG zur Regulierung von Hassreden im Netz für einen Aufschrei gesorgt, scheint doch das Recht auf freie Meinungsäußerung gefährdet. Und dennoch: Trotz der deutschen Geschichte und Erfahrungen sind Diskussionen über die Grenzen der Meinungsfreiheit notwendig und angebracht, nicht zuletzt weil eine Partei in den Bundestag eingezogen ist, die offen gegen Minderheiten hetzt

---

<sup>2</sup> Bundesverfassungsgericht 1 BvR 1384/ 16

und regelmäßig alle Tabus bricht. Doch es liegt eben nicht nur an eben jener Partei, dass Rassismus, Sexismus und Menschenfeindlichkeit wieder salonfähig geworden sind – es liegt auch an der deutschen Gesellschaft, die diesen Wandel nicht nur kommentarlos hinnimmt, sondern vielmehr noch mit dem Verweis auf die freie Meinungsäußerung schützt und fördert.

was sie nicht hören wollen – etwas, das Menschenfeindinnen und Menschenfeinde nur selten wahrhaben wollen.

***Wir müssen Menschenfeindlichkeit nicht akzeptieren, auch nicht wenn sie vermeintlich von der Meinungsfreiheit gedeckt ist.***

„Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“, schrieb George Orwell über die Meinungsfreiheit. In einem demokratischen Staat sollen wir auch extreme Meinungen aushalten, so will es nicht nur das Bundesverfassungsgericht, das wollen auch rund zwei Drittel der Journalistinnen und Journalisten, die sich alljährlich in die Debatten rund um die Meinungsfreiheit stürzen. Sollten wir Meinungen akzeptieren, die Demokratie und Menschenrechte infrage stellen, weil das Recht auf freie Meinungsäußerung eben auch extreme Meinungen schützt? Es ist, wie schon gesagt, ein Paradox. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Per Gesetz müssen wir einen scharfen Ton, selbst grenzwertige Äußerungen, aushalten, als Gesellschaft aber eben schon lange nicht mehr. Wir müssen Menschenfeindlichkeit nicht akzeptieren, auch nicht wenn sie vermeintlich von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet nicht, dass Rassismus und menschenfeindliche Äußerungen gehört werden sollen und Zuspruch verdienen. Wir können aktiv werden, unser eigenes Recht auf freie Meinungsäußerung nutzen und anderen Menschen direkt sagen, dass sie rassistisch und menschenfeindlich sind. Denn auch wir haben die Freiheit, anderen Menschen zu sagen,

# Disruption der Demokratie?

## Wie Fake News und Hetze im Netz den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen



von Aytekin Celik



**Aytekin Celik** ist Bildungsreferent beim Stadtjugendring Stuttgart und nebenamtlich Dozent an der Dualen Hochschule Stuttgart für Sozialinformatik und Medienpädagogik.

Seit 1995 beschäftigt er sich mit der Frage, wie das Internet die Gesellschaft verändert, und arbeitet in diesem Themenfeld freiberuflich für verschiedenste Auftraggeber, u. a. die Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg.

Falschmeldungen, Zeitungsenten, Fehlinformationen und bewusste Agitation mit unwahren Behauptungen gibt es sicher schon, seit Menschen entwickelt genug sind, Informationen Bedeutung beizumessen. Ein bekanntes Beispiel ist die angebliche Antwort Marie Antoinettes auf die Vorhaltung, die arme Bevölkerung könne sich nicht einmal Brot leisten. „Sollen sie doch Kuchen essen!“, soll sie erwidert haben. Dieser Satz ist aber schon bei Jean-Jacques Rousseau belegt, da war Marie Antoinette noch ein Kind.

Gefährlichere Fälschungen, die bis in die heutige Zeit hineinwirken, sind z. B. die sog. „Protokolle der Weisen von Zion“ von 1903, in denen behauptet wird, es gäbe einen „geheimen Plan“, um das Ziel der „Weltherrschaft des Judentums“ zu erreichen. 1921 konnte dieses Machwerk aus der judenfeindlichen Presse des zaristischen Russlands endgültig als Fälschung entlarvt werden. Dennoch nutzten die Nazis dieses Werk für ihre Hetze gegen die jüdische Bevölkerung und auch heute noch beziehen sich Anhänger und Anhängerinnen von antisemitischen Gesinnungen oder Verschwörungsideologien auf diese angeblichen „Protokolle“.

Es gibt in der Menschheitsgeschichte unzählige Beispiele von Fälschungen und Desinformationen. Heutzutage ist ihre Ausbreitungsmöglichkeit durch die technologische Entwicklung des Internets und der Sozialen Medien immens, was die Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt steigert.

**Die Geschwindigkeit und die exponentielle Verteilung dieser sogenannten „Fake News“ stellen eine neue Qualität der Desinformation dar.**

Immer häufiger werden falsche Informationen ins Netz gestreut, um gezielt politische Gegnerinnen und Gegner zu diskreditieren und Menschenmassen zu beeinflussen. Die Geschwindigkeit und die exponentielle Verteilung dieser sog. „Fake News“ stellen eine neue



Qualität der Desinformation dar. Hier kann man durchaus von einer disruptiven Gefahr für unsere Demokratie sprechen.

Ein Problem im Themenfeld Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist die große Dynamik, mit der sich die Szene ständig wandelt. Doch auch wenn die Verpackung des Rechtspopulismus sich ändert, bleibt das rassistische, menschenverachtende Gedankengut erhalten. Somit sind Gegenargumente und Reaktionen auch bei neuen Erscheinungsformen anwendbar. Der momentane Trend der rechtsextremen Szene ist sicherlich die Übernahme von populären Merkmalen ganz unterschiedlicher Szenen. Oft werden hier gesellschaftlich wichtige Fragestellungen dazu missbraucht, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, z. B. unter dem Deckmantel des Umweltschutzes, des Kinderschutzes, der Friedenssicherung oder der Tierrechte, zu erreichen.

Der „Teilen“-Button bei Facebook ist allzu verführerisch, alleine aufgrund einer Schlagzeile und eines Beitragsbildes den Inhalt hunderten anderen zugänglich zu machen, ohne ihn selber gelesen zu haben. Die 140 Zeichen bei Twitter ermöglichen es erst gar nicht, längere Gedanken zu geteilten Themen auszuführen. Es bleibt im Bereich von Schlagzeilen. In der Folge verändern sich politische Ausdrucksformen massiv, und wir haben noch keine allgemeingültigen Möglichkeiten gefunden, adäquat darauf zu reagieren.

Ein Beispiel für das ungeprüfte Teilen von Schlagzeilen war ein Artikel der Huffington Post. Nach der Wahl von Donald Trump wurde dort behauptet, es gäbe noch eine Möglichkeit, wie Bernie Sanders Präsident werden könne. Dieser Artikel wurde tausendfach geteilt, alleine weil die Leserinnen und Leser dieser Schlagzeile glauben wollten. Die wenigsten konnten den Artikel gelesen haben, da im Artikel selber erklärt wurde, dass es selbstverständlich keine Möglichkeit gäbe, die Wahl Trumps rückgängig zu machen. Dieses kleine

soziale Experiment verdeutlicht, wie schnell sich Informationen mit falschen Inhalten verbreiten können. Die Mechanismen, wie sich Nutzerinnen und Nutzer im Fall von Fake News verhalten, erlauben Interessengruppen, die Menschen gezielt manipulieren wollen, ein leichtes Spiel.

Die grundsätzlichen Veränderungen, die das Internet für die Gesellschaft gebracht hat, sind die hochwirksame Vernetzung und die exponentiell schnelle Entwicklung der digitalen Technologien. Der hohe Vernetzungsgrad erlaubt es Menschen, für jede noch so abseitige Aussage Anhängerinnen und Anhänger zu finden. So kann ein einziger Post mit einem Bild und einer kurzen, prägnanten Botschaft binnen Stunden Millionen von Menschen erreichen. Es ist nicht mehr notwendig, zehntausende Menschen auf die Straßen zu bringen, um einer politischen Botschaft Nachdruck zu verleihen. So, wie wir gerade in der Wirtschaft Disruptionen erleben, dass Start-ups mit wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Nacht jahrzehntealte Geschäftsmodelle vom Markt fegen können, so können auch von Minderheiten verteilte Hassbotschaften und Falschmeldungen, die sehr schnell sehr viele Leute erreichen und beeinflussen, unsere Demokratie disruptiv gefährden.

Gefährlich ist auch die Auseinanderdividierung der Nutzerinnen und Nutzer in sog. „Echokammern“. Sie ist eine Folge des Einsatzes von Web-3.0-Robotern, die von Algorithmen gesteuert werden, die deren Vorlieben erkennen und Nachrichten entsprechend filtern. Dadurch entsteht die Situation, dass Menschen nur die Nachrichten bekommen, von denen sie sowieso schon überzeugt sind. Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist es deshalb, demokratische Inhalte in diese Echokammern hineinzutragen.

Eine weitere Dimension ist, ruhig zu reagieren und auch beleidigenden Diskutantinnen und Diskutanten nicht ebenso entgegenzutreten. Es ist durchaus

legitim, diese Personen, falls notwendig, auch von Diskussionen und Gruppen auszuschließen.

***In Diskussionen innerhalb von Sozialen Netzwerken haben sich Strategien entwickelt, um Gegnerinnen und Gegner bewusst zu diffamieren und Diskussionsverläufe entgleisen zu lassen.***

In Diskussionen innerhalb von Sozialen Netzwerken haben sich Strategien entwickelt, um Gegnerinnen und Gegner bewusst zu diffamieren und Diskussionsverläufe entgleisen zu lassen. Eine dieser Strategien ist der viel genutzte sog. „Whataboutism“. Zu einem Thema wird sofort ein „Aber was ist mit ...“ entgegengesetzt, um den Fokus auf ein anderes Thema zu lenken und zu suggerieren, es würden bewusst Themen verschwiegen. Dass das eine Thema mit dem anderen nichts zu tun hat, gehört zur Strategie des „Whataboutisms“. Es hat sich bewährt, diese Strategie zu benennen, offenzulegen und die DiskutantIn bzw. den Diskutanten damit zu konfrontieren. Ein inhaltliches Eingehen darauf ist nicht zielführend. „Whataboutism“ macht eine inhaltlich konzentrierte Debatte unmöglich und genau das ist das Ziel dieser Strategie.

Bei allen genannten Beispielen, in denen Soziale Netzwerke genutzt werden, unsere pluralistische, liberale Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen oder gar anzugreifen, dürfen wir die Möglichkeiten der Sozialen Netzwerke nicht außer Acht lassen, Informationen und Wissen, die allen nutzen, zu verbreiten. Wir müssen Medienbildung vorantreiben, um alle Generationen dazu zu befähigen, in einer digitalisierten Welt für das Zusammenleben und Zusammenwachsen der Gesellschaft zivilisiert zu handeln und auch zu streiten. Eine Debattenkultur, die diesen Namen auch verdient, wird sich entwickeln, wenn wir uns darauf konzentrieren.

Viele Initiativen (z. B. #ichbinhier auf Facebook) zeugen davon, dass große Teile der Bevölkerung

nicht mehr bereit sind, das mediale Feld denen zu überlassen, die schreien und hetzen und sich dabei allesamt in der Minderheit befinden, das ist sicher die beste Nachricht.

Adorno beginnt sein vielbeachtetes Essay „Erziehung nach Auschwitz“ mit: „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.“ Dieser Satz ist heute sehr aktuell, wenn sekundlich Hassbotschaften im Internet verteilt werden, die menschenfeindlicher nicht sein könnten. Adornos Aussage sollte für alle demokratischen Kräfte im Internet ein wichtiger Leitsatz sein, sodass wir Hass und Hetze mit Mut und Kraft begegnen können.

Im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechts extremismus im Internet ist es wichtig, die Fähigkeiten weiterzuentwickeln, um diese Inhalte erkennen und zeitnah darauf reagieren zu können. Ziel muss sein, Medienpartizipation zu ermöglichen, so dass Bürgerinnen und Bürger digital mündig agieren können. Eine Debattenkultur, die diesen Namen auch verdient, wird sich entwickeln, wenn wir uns darauf konzentrieren.

Bei allem Kampf gegen Fake News und Hetze im Netz ist es notwendig, adäquat, humorvoll und leidenschaftlich zu agieren und sich nicht verbittern zu lassen. Wie Brecht einst genial formuliert hat: „Dabei wissen wir ja: Auch der Haß gegen die Niedrigkeit verzerrt die Züge. Auch der Zorn über das Unrecht macht die Stimme heiser.“

***Bei allem Kampf gegen Fake News und Hetze im Netz ist es notwendig, adäquat, humorvoll und leidenschaftlich zu agieren und sich nicht verbittern zu lassen.***

Lasst uns mit glatter Stirn und klarer Stimme im Netz für die Wahrheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt streiten!

# Mit Recht und Verstand

## Die Angebote des Demokratiezentrum Baden-Württemberg im Themenbereich Hate Speech und Fake News.



von *Stephan Ruhmannseder*

.....  
mit *Mathieu Coquelin*



**Mathieu Coquelin** verantwortet im Demokratiezentrum Baden-Württemberg die Fachstelle Extremismusdistanzierung und leitet das Modellprojekt Da.Gegen.Red.

**Stephan Ruhmannseder** arbeitet im Rahmen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg als Projektverantwortlicher für die Meldestelle respect! und als Mitarbeiter im Modellprojekt Da.Gegen.Red.

Wer fundiert über Hetze und Falschinformation im Netz sprechen möchte, kommt nicht umhin, sich mit den Auswirkungen dieser Phänomene auf Jugendlichen und junge Erwachsene zu beschäftigen. Sie sind es, die sich verstärkt in den Kommentarspalten von Sozialen Netzwerken bewegen und ihre Informationen zunehmend aus dem Internet beziehen.

Damit profitiert diese Gruppe natürlich am stärksten von allen positiven Entwicklungen der Digitalisierung, ist aber im Umkehrschluss auch am stärksten von deren negativen Auswirkung betroffen. Der zunehmende Hass auf Social Media Plattformen ist aber nicht nur deshalb ein besonderes Problem für diese Zielgruppe, weil sie sich besonders viel im Internet aufhält. Unterschiedlichste radikale und extremistische Gruppen nutzen das Medium für die Verbreitung ihrer Propaganda, aber auch Privatpersonen stellen menschenverachtende und demokratiefeindliche Inhalte ins Netz. Gerade für Jugendliche ist es oft sehr schwierig, diese Einflüsse richtig einzuordnen und kritisch zu hinterfragen.

Selbst wenn die propagierten Ideen nicht direkt angenommen werden, besteht die starke Gefahr, extreme Haltungen und Meinungen als Teil von Normalität zu akzeptieren. Aufrufe zu Hass, Gewalt, Ausgrenzung und Benachteiligung werden Teil des Alltags und stehen gleichberechtigt und unkommentiert neben seriösen Nachrichten und Bildungsangeboten.

***Selbst wenn die propagierten Ideen nicht direkt angenommen werden, besteht die starke Gefahr, extreme Haltungen und Meinungen als Teil von Normalität zu akzeptieren.***

Darüber, dass eine solche Entwicklung der Zukunft einer gleichberechtigten, inklusiven und toleranten Gesellschaft diametral entgegensteht, herrscht Einigkeit. Der Bedarf an Angeboten, die helfen Hass



***Der Bedarf an Angeboten, die helfen Hass und Fake News im Netz zu erkennen und selbst dagegen vorgehen zu können, ist groß. Es besteht aber auch die Notwendigkeit, klar zu demonstrieren, was im Internet erlaubt und verboten ist.***

und Fake News im Netz zu erkennen und selbst dagegen vorgehen zu können, ist groß. Es besteht aber auch die Notwendigkeit, klar zu demonstrieren, was im Internet erlaubt und verboten ist. Scheinbare Anonymität darf nicht dazu führen, dass der Eindruck entsteht, das Internet sei ein rechtsfreier Raum, in dem das Grundgesetz weniger gilt als Nutzungsbedingungen von Plattformbetreibern.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg hat darum zwei neue Angebote im Themenfeld entwickelt, die sich mit jeweils einem der genannten

Aspekte beschäftigen und sich genau deshalb perfekt ergänzen.

Das **Modellprojekt Da.Gegen.Red** verfolgt den Ansatz, die Handlungskompetenzen von Jugendlichen und Fachkräften der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit im Umgang mit Hate Speech und Fake News zu stärken.

Das Angebot erstreckt sich dabei von mehrstündigen Sensibilisierungsworkshops bis hin zu zweitägigen Vertiefungsseminaren, die Jugendliche in die Lage versetzen, das Thema als Peer-Multiplikatorin oder Peer-Multiplikator an Ihrer Schule oder Einrichtung selbstständig wieder aufzugreifen.

Gemeinsam haben alle Angebote, dass sie es den Teilnehmenden ermöglichen, kritisch mit Inhalten in Sozialen Netzwerken umzugehen und Optionen



aufzeigen Hass und Verachtung nicht unkommentiert stehen zu lassen.

Die **Meldestelle respect!** wendet sich an Menschen, die nicht hinnehmen wollen, dass im Internet systematisch gegen geltendes Recht verstoßen wird.

Unter [www.respect.demokratiezentrum-bw.de](http://www.respect.demokratiezentrum-bw.de) können Fälle von Online-Hasrede gemeldet werden.

Eingehende Meldungen werden zunächst auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft und nach Straftatbeständen kategorisiert. Entsprechende Beiträge leitet die Meldestelle dann an die Betreiber der betreffenden Netzwerke mit der Aufforderung zur Löschung weiter.

Die Meldestelle respect! verfolgt als Ziel aber nicht nur die Löschung der Beiträge. Vielmehr geht es

auch darum, die Verfasserinnen und Verfasser von Hate Speech in die Verantwortung zu nehmen. Deshalb werden bei volksverhetzenden Beiträgen ihre Verfasserinnen und Verfasser von der Meldestelle angezeigt. Die Meldenden sind dabei durch ständige Rückmeldungen mit in den Bearbeitungsprozess eingebunden und können neue Erkenntnisse mitteilen und Feedback geben.

Grundsätzlich zielen beide Angebote darauf ab, der Hilflosigkeit, mit der wir dem Phänomen Hetze und Fake News im Internet oft gegenüberstehen, Handlungsmöglichkeiten entgegenzusetzen. Damit eine Generation von Internetnutzerinnen und Internetnutzern heranwachsen kann, die das Medium kreativ, demokratisch und offen mitgestalten. Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit junge Menschen im vollen Umfang vom Potenzial der Digitalisierung profitieren können.

## **Meldestelle respect!**

Meldungen sind unter  
[www.respect.demokratiezentrum-bw.de](http://www.respect.demokratiezentrum-bw.de) möglich.

Rückfragen an die Meldestelle bitte an:  
[respect@demokratiezentrum-bw.de](mailto:respect@demokratiezentrum-bw.de)

## **Modellprojekt Da.Gegen.Red**

### **Angebote:**

- Sensibilisierungsworkshop
- Multiplikator-Workshop für Peers
- Multiplikator-Workshop

### **Zielgruppen:**

Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche,  
Jugendgruppen ab 16 Jahren

Alle Angebote sind kostenlos buchbar!

Weitere Informationen:  
[www.demokratiezentrum-bw.de](http://www.demokratiezentrum-bw.de)

Anfragen bitte an: [info@demokratiezentrum-bw.de](mailto:info@demokratiezentrum-bw.de)

# Hass und Verleumdung sind keine Meinungen

## Interview mit dem Fachanwalt für IT-Recht Chan-jo Jun



Das Interview führten Nathalie Schneider und Mareike Hauff



**Chan-jo Jun** betreibt eine Rechtsanwaltskanzlei für IT-Recht mit neun Anwälten in Würzburg. Bekannt wurde er durch sein juristisches Engagement gegen Hasskriminalität auf Facebook, mit dem er Ermittlungsverfahren gegen Mark Zuckerberg und andere Facebook-Manager ins Rollen und Facebook vor Gericht brachte. Mit seinem Team arbeitet Jun am Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Lösung rechtlicher Aufgaben in Rechtsabteilungen.

**Herr Jun, Sie wurden 2015 durch Ihre Strafanzeige gegen Facebook-Gründer Mark Zuckerberg weltweit bekannt. Seit wann beschäftigen Sie sich mit Hetze im Internet und wie kamen Sie zu dem Thema?**

Wir hatten bei Beginn der Flüchtlingsbewegungen im Sommer 2015 in der Kanzlei darüber diskutiert, wie wir einen Beitrag für die Gesellschaft leisten könnten. Als das Thema der rechtswidrigen Inhalte und Facebooks passiver Umgang damit aufkam, dachten wir uns: Das ist ein juristisches Problem, das muss man mit juristischen Mitteln lösen können. Wir hatten damals gehofft, dass die Verschaffung von nachweislicher Kenntnis ein Lösungsansatz sein könnte, da damit rechtliche Verantwortung entstehen würde und Facebook sicherlich nicht zulassen würde, dass sich seine Manager strafbar machen. Diese Überzeugungsarbeit hat leider länger gedauert als erwartet.

**Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung von ungehemmter Meinungsäußerung in den Sozialen Netzwerken? Wohin führt uns das?**

Meinungen sollten grundsätzlich ungehemmt geäußert werden können. Hass und Verleumdung sind jedoch keine Meinungen. Die davon geprägte Meinungsbildung in Sozialen Netzwerken schafft eine Atmosphäre, in der offener Rassismus, Bedrohungen und Gewalt als legitime Mittel der politischen Betätigung erscheinen. Diese Dynamik endet nicht von selbst, nur wenn Staat oder couragierte Bürger dagegen vorgehen.

**Wie bewerten Sie das am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getretene Netzwerkdurchsetzungsgesetz? Inwieweit kann dadurch Hass im Netz begrenzt werden und wo sehen Sie auf politischer Ebene weiteren Handlungsbedarf?**

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz hat handwerkliche Fehler, lässt die von Löschung betroffenen User im Stich und braucht dringend Nachbesserungen. Trotzdem ist das Gesetz der unverzichtbare Ansatz dafür, dass unser soziales Zusammenleben nicht den Geschäftsmodellen

der Internetgiganten, sondern den Werten und Regeln des Grundgesetzes unterliegt. Auch ein nachgebessertes Gesetz wird jedoch nur einen Teil des Problems lösen. Hass ist genauso wenig strafbar wie Rassismus. Wir werden uns vielleicht wundern, wie viel an hässlichen, aber legalen Inhalten noch verbleiben wird. Diese Herausforderungen lassen sich nicht mit Gesetzen, sondern nur durch das Engagement der Zivilgesellschaft anpacken. Es macht jedoch Sinn, dass man zunächst mit den schlimmsten, nämlich den strafbaren Inhalten beginnt.

**Lässt sich die Grenze zwischen legalen und strafrechtlich relevanten Kommentaren immer klar ziehen oder gibt es einen Ermessensspielraum? Wie entscheiden Sie für oder gegen eine Anklage?**

User, Unternehmen und selbst Gerichte haben manchmal Schwierigkeiten, die Gesetze richtig anzuwenden, was man an einer Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung erkennt. Weil bei den Entscheidungen oft aus Gleichgültigkeit oder Unkenntnis Fehler gemacht werden, bedeutet dies nicht, dass die Gesetze uneindeutig sind. Natürlich gibt es gewisse Graubereiche, allerdings können ausgebildete Sachbearbeiter oder Juristen ausreichend zuverlässige Entscheidungen treffen. Für eine Strafanzeige müssen wir die Rechtslage nicht eindeutig klären, sondern können dies der Staatsanwaltschaft überlassen.

**Die Löschung eines Posts kann natürlich nicht die Ursache, also den Hass in den Köpfen, bekämpfen. Glauben Sie dennoch, mit Ihren Strafanzeigen nachhaltig etwas bewirken zu können?**

Durch Löschung von Posts ändern wir nicht die Gesinnung des Autors, aber: man kann ihm zeigen, dass er sich mit der Art seiner Äußerung außerhalb der Regeln des Rechtsstaates verhält. Was aber noch viel wichtiger ist: Lässt man die Hetze stehen, sendet man an alle anderen das Signal: Das ist in

Ordnung so und wer sich drastisch ausdrückt, bekommt Anerkennung. Diese Spirale haben wir schon viel zu lange zugelassen.

**Sind Sie, seitdem Sie in der Öffentlichkeit stehen, selbst von Hate Speech betroffen?**

Mein Team und ich erhalten viel Zustimmung. Wenn man einen phänotypisch sichtbaren Migrationshintergrund hat und sich in der Gesellschaft betätigt, kann man weder ausschließen noch verhindern, dass bei manchen besorgten Bürgern gelegentlich der Hass hochkocht und das Bedürfnis für eine spontane oder gut geplante Morddrohung aufkommt. Solche Einzelfälle machen gesellschaftspolitisches Engagement anstrengend, sollten es jedoch nicht verhindern. Inzwischen konnte der Polizeischutz jedoch aufgehoben werden, allerdings wurde der ermittelte Tatverdächtige nicht behelligt, da Bedrohungen nach § 241 StGB, ähnlich wie Schwarzfahren, eher als Bagatelldelikt angesehen werden.

**DEMOKRATIEZENTRUM**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

**Landeskoordinierungsstelle Demokratiezentrum  
Jugendstiftung Baden-Württemberg**

Schloßstr. 23

74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42/83 17 47

Fax: 0 70 42/83 17 40

E-Mail: [info@demokratiezentrum-bw.de](mailto:info@demokratiezentrum-bw.de)

[www.demokratiezentrum-bw.de](http://www.demokratiezentrum-bw.de)